

Zadi: „Europäische Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nach Corona weiter stärken“

Utl.: EU Justizminister*innen wollen Meinungsfreiheit auch im Netz schützen. =

Wien (OTS) - "Die rechtsstaatlichen Prinzipien mit den unabhängigen Gerichten und der parlamentarischen Gesetzgebung haben sich bewährt", erklärt heute Justizministerin Alma Zadi im Anschluss an den informellen Rat der Justizminister*innen. Erstmals tagte der Rat unter dem Vorsitz der deutschen Justizministerin Christine Lambrecht. Auch diesmal ging es um einen Erfahrungsaustausch über Maßnahmen in der Corona-Krise. „Dieser Austausch ist deshalb so wichtig, weil wir sehen, dass europaweit viele von uns drastische Maßnahmen setzen mussten, um das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen, während wir aber gleichzeitig immer auch die Verhältnismäßigkeit im Auge behalten mussten.“, so die Justizministerin. Ein weiterer Diskussionspunkt widmete sich dem Thema Hass im Netz. "Aufgrund der grenzüberschreitenden Dynamik ist hier eine koordinierte Vorgehensweise der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten entscheidend", erklärt Justizministerin Zadi. Österreich unterstützt und beteiligt sich hier intensiv an den Maßnahmen der Europäischen Kommission. "Aus österreichischer Sicht muß mehr Verantwortung, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit im Online-Bereich geschaffen werden", schließt Zadi.

~

Rückfragehinweis:

BM für Justiz

Martina Schmidt

Pressesprecherin der Justizministerin

0676898912303

martina.schmidt@bmj.gv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/44/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

061545 Jul 20

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200706_OTS0126